

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden.
Haben & Komp., Nr. 20617.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlag: Gebr. Kretsch, Dresden.

Abonnementpreis: einjährig 2,00 M., monatlich 2,00 M. (Zwei-
te Post bezogen wöchentlich 60 Pf., unter Kreuzband für Deutschland
und Ostpreußen 70 Pf., für Ostpreußen 80 Pf.)

Redaktion: Weitzingplatz 10, Tel. 26261.
Sprechstunde: nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Weitzingplatz 10, Tel. 26261.
Belegzeit: von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 7 gespaltene Kompositorenzeile 50 Pf., Familienanzeigen
70 Pf., die 3 gespaltene Kompositorenzeile 3 Pf. Bei mehrmaliger Auftrags-
Anzeige sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpfändung zur Kasse an vor-
geschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefbelegungen 20 Pf.

Nr. 260

Dresden, Montag den 10. November 1919

30. Jahrg.

Deutschland klagt an!

Der Grimm der Reaktion

So häßlich und unmaßgebend der 9. November des
vergangenen Jahres war, so ruhig und gleichmäßig verlief seine
erste Wiederkehr. Alle Berichte aus dem Reich und der
engsten Fremde geben das gleiche Bild, das Dresden gezeigt
hat: ruhiger Verlauf ohne irgendwelche nennenswerten
Störungen der öffentlichen Ordnung. Das wird niemand über-
sehen, der die gegenwärtige Volkstimmung richtig einschätzen
wünscht. Alle Gerüchte über hartnäckig-unabhängige Putsch-
und Mordversuche erwiesen sich als reine Phantasieprodukte,
als die wir sie schon Mitte voriger Woche kennengelernt. Es
ist bezeichnend für einen Teil des Publikums, daß sich trotz
allem diese Gerüchte mit jettener Jähzornigkeit und Hartnäckig-
keit hielten, so daß heute so mancher über den Verlauf des
Tages erschrocken ist. Insofern ist jedoch diese Gerüchte-
machelei politisch charakteristisch, als sie beweist, welche un-
gegründete, übertriebene Angst vor dem Volkswort in
einem Teil des Volkes liegt.

Die deutsche Presse hat den Ton mit Betrachtungen
begleitet, aus denen die unzulängliche Bedeutung des Tages
für Deutschlands Glück und Geschichte hervorgeht. Die
demokratischen Organe und alle Blätter, die nicht ganz von
Bermut und gutem Willen zum Wiederaufbau verlassen
sind, erkennen an, daß die Revolution wie ein unabwendbares
Naturereignis kam und alles in allem die Grundlage für ein
neues Deutschland geschaffen hat. Daß die rechts gerichtete
Presse es an Verächtlichkeit der Revolution und die Links-
radikalen an Beschimpfung des Erreichten nicht fehlen lassen,
versteht sich bei der Gemütsart der Rechts- und Links-
extremen am Rande. Typisch für die gegenwärtige geistige
Verfassung der Reaktion ist die Deutsche Tageszeitung, die
ihre Jubiläumsummer versteht mit der dreien, jettigen We-
ber: "Der Jahrestag der deutschen Schande". Sie hat im
Vorworte genommen nicht unrecht, denn wenn man will, handelt
es sich am 9. November nicht nur um einen Jubiläumstag
der deutschen Erhebung, sondern auch um einen Jahrestag der
Schande jener Kreise, die angesichts ihrer Miswirtschaft und
berühmten Kriegspolitik vorgezogen, vor dem Zorn des
Volkes kampflös abzutreten.

Die reaktionäre Beschimpfung eines der bedeutendsten,
freigeistigsten Tage der deutschen Geschichte möge der sozia-
listischen Welt ein Knippen sein, im zweiten Revolutionsjahre
den Kampf gegen das Rückwärtertum energisch und unerbitt-
lich zu führen.

Die Berliner Feier

In Berlin sind die Revolutionäre der Mehrheits-
sozialdemokraten und der Unabhängigen ruhig ver-
blieben. Im kleinen Schauspielhaus sprach Reichs-
minister Dr. David über die Ursachen der Revolution und die
zukünftigen Aufgaben der Sozialdemokratie. Er führte u. a. aus, daß
die Sozialdemokratie und das deutsche Volk keine Schuld an dem
Zusammenbruch trage. Die Partei habe damals vor der Schicksals-
frage gestanden, ob sie den Zusammenbruch mit ihrem Namen be-
zeichnen wolle. Sie habe es getan, um für die deutsche Arbeiterklasse noch zu
leben, was noch zu retten war. Sie habe von diesem Augenblick an die
Zukunft der Weltarbeit wahrzunehmen müssen. Das beste natür-
liche eine Einschränkung der Arbeitsforderungen. Die Sozialdemo-
kratie sei zu einer Weltpartei geworden.

Schide man, der in Steglitz sprach, wies auf die
Schuld des Kaiser an dem schmerzlichen verhängnisvollen Zusammen-
bruch hin. Wenn in der Arbeiterklasse heute der Mangel an sozialem
und wirtschaftlichem Bewußtsein gelte, so müsse man bedenken,
daß im Ausland unsere Partei einen Großen gelte. Es sei über-
redet man in einem unentwickelten Staat planlos den Sozialismus
zu verbreiten, der Revolution sei die Sozialdemokratie
keine Partei gewesen, es sei falsch, wenn es Leute gäbe,
die sich einbilden, sie hätten die Revolution gemacht, weil
sie ein paar Tausend Redolier gekauft hätten. Auf die
Zusammenarbeit mit den Unabhängigen hinweisend, sagte er, daß
der einzige Mann, den die Unabhängigen besäßen und mit dem
man zusammenarbeiten konnte, Hugo Haase gewesen sei. Die
Zerstückelung der Arbeiterklasse und das die Diktatur der
Spartakisten und Unabhängigen trage sind daran,
wenn heute noch nicht mehr geleistet worden sei. Schide man
bedachte zum Schluß auf, für den Zusammenbruch des Protektions-
zu arbeiten.

Ja, gelobe...

Von den Berliner Revolutionären der Unabhängigen ist
die im Wallhalla-Theater herabgehoben, in der Rede sprach, er
vollkomme in schärfster Weise gegen das jetzige System, das er mit
den früheren allen kaiserlichen Regime in Vergleich stellte, und
bedeutete die Verammlung auf, zu schwören, der Weltrevolution in
Deutschland zum Siege zu verhelfen. Die Verammlung sprach
Lebwohl die Worte nach: Ja, gelobe es?

Es muß ein erheblicher Augenblick gewesen sein! Aber dem
Erwachen zum wahren Leben ist bekanntlich nur ein kleiner Schritt.
Erheblich ist die Erinnerung an den feierlichen
Schwur Friedrich Wilhelm IV., der mit den Worten schloß: Das
Gelobe und ich will ich! Aber der feierliche Berliner Wig schloß: Das
Gelobe ist schwerlich und leicht recht. Herr Lebwohl, auch wir
wollen schwören, und ich will dir dank, wir werden ebenso recht be-
halten, wie damals die Berliner

Der französische Kerkermeister

Berlin, 10. November. Die deutsche Regierung
hat eine Note überreicht lassen, in der es u. a. heißt. Am
21. August wurde durch Havas amtlich mitgeteilt, daß die
alliierten und assoziierten Regierungen den Zeitpunkt des
Zurücktritts des Friedensvertrages, soweit er den Rück-
transport der deutschen Kriegsgefangenen be-
trifft, vorbereiten und die Vorbereitungen zum Rücktrans-
port unverzüglich beginnen würden. Die Heimbeförderung
der in amerikanischen, belgischer, englischer und italienischer
Gefangenschaft befindlichen Kriegsgefangenen setzte zu dieser Zeit ein.
Die französische Regierung allein versagt den
deutschen Kriegsgefangenen die Freiheit. Sie hat jetzt zwar
auf das Drängen der deutschen Regierung und die Fürsprache
des internationalen Komitees vom Roten Kreuz sich zu der
Erklärung verstanden, daß die Heimbeförderung der Kriegs-
gefangenen unmittelbar nach der Ratifikation des Friedens-
vertrages durch Frankreich beginnen solle. Frankreich hat ratifiziert,
noch immer aber warten die deutsche Regierung und das
deutsche Volk auf die Rückkehr der Gefangenen, ja sogar auf
eine auch nur annähernde Angabe über den Zeitpunkt, wann
darauf gerechnet werden kann.

Auf niemand können diese Leiden von über 400 000
Menschen, die zum Teil seit langen Jahren das bittere Los
der Gefangenschaft tragen, ihren tiefen Eindruck verhehlen.
Das Meer der Vermürbung und Barmherzigkeit an Seele und
Körper ist an vielen Tausenden in den seit Abschluß des
Waffenstillstandes vergangenen Monaten in täglicher Er-
wartung des Friedens vollendet worden und fordert mit
jedem Tage neue Opfer. Man darf sich über die unheil-
vollen Wirkungen nicht täuschen, die diese Zurück-
haltung der Gefangenen in Frankreich für das Schicksal des
deutschen Volkes mit sich bringt. Die zahlreichen Vertreter
Frankreichs, die sich jetzt in Deutschland befinden, können die
französische Regierung darüber nicht im Zweifel lassen
haben, daß im ganzen deutschen Volke die Erbitterung über
die Hinausjogerung der Heimkehr der Kriegsgefangenen
auf außerordentlichem Grade liegt.

Das deutsche Volk kann die Diktatur der französischen
Regierung, die es als eine grausame Härte empfindet, nicht
verhehlen. Ein Volk, an dessen Körper durch die Zurückhaltung
der Kriegsgefangenen eine der schwersten Wunden künstlich
offengehalten wird, vermag nach all dem Schrecken, was es
erdulden mußte und noch erdulden muß, in der Tat nicht mehr
diese neue Belastung zu ertragen. Sie muß unausweichlich
zu einer Lähmung der Kraft führen, deren das ganze Volk
nicht nur für seinen eigenen Bestand, sondern auch für sein
Wohlstand an dem gemeinsamen Wiederaufbau der durch den
Krieg zerstörten materiellen und geistigen Werte so notwendig
bedarf.

In der Zurückhaltung der Kriegsgefangenen, die in
ihrer Folge weit über die Grenzen des Landes hinausreicht,
erblickt die deutsche Regierung eine schwere Gefahr. Sie
hält es für ihre Pflicht, hierauf mit tiefstem Ernst und feier-
lich vor aller Welt hinzuweisen.

Am Schluß der Note wird darauf hingewiesen, daß die
deutsche Regierung sich noch über die schweren Friedensbe-
dingungen hinaus zu weitgehendem Entgegenkommen bereit-
gefunden hat, nachdem von autoritativer französischer Seite
ihren Vertretern ausdrücklich versichert worden war, daß dies
auf die Frage der Heimbeförderung der Gefangenen einen
günstigen Einfluß haben werde. Mit vollem Recht glaubt
die deutsche Regierung erwarten zu können, daß die franzö-
sische Regierung die Kriegsgefangenenfrage, die nur noch
ein Standpunkt der Menschlichkeit aus behandelt werden
kann, in einem entgegenkommenden Geiste lösen und die
Kriegsgefangenen der Heimat ohne weiteren Aufschub wieder-
geben wird.

Die Internierten in Argentinien

Bonn, 10. November. Ein kürzlich aus Argentinien
zurückgekehrter Deutscher teil mit, daß alle in den südameri-
kanischen Staaten Argentinien, Brasilien usw. internierten deutschen
Zuschauer, soweit sie nicht aus freien Stücken dort zu bleiben be-
absichtigen, auf dem Heimwege begriffen sind. Es ist anzunehmen,
daß die Heimkehrer der Rest aller Deutschen aus Südamerika
zurückgeführt sein wird.

Die neue Weltordnung

Brag, 8. November. In der Freisitzung der Na-
tionalversammlung wurden die in Versailles und St. Germain
abgeschlossenen Friedensverträge angenommen. Bei
dieser Gelegenheit ergriff der Minister des Äußeren,

Dr. Beneš, das Wort und führte in einem längeren Expose
unter anderem aus:

Auf der Friedenskonferenz hat das Bewußtsein, daß es
nötig sei, das alte System für europäische Politik durch ein
neues zu ersetzen, das Bestreben hervorgerufen, die Lage der
Nationen zu gründen, die sozusagen ein neues System der Welt-
politik wäre und die verschiedenen Koalitionen und Allianzen ver-
hindern würde. Man müßte konstatieren, daß die Konferenz nicht
das erzielte, was sie wollte, und daß die Erregung des alten
Systems durch die neue Lage der Nationen noch nicht so sehr
überwunden erreicht hat, daß sie bereits heute eine feste
und klare Grundlage zur Führung der Weltpolitik in der
Zukunft sein könnte. Wir sehen bei all den Staaten, die
aus der Friedenskonferenz hervorgegangen, feierliche Versuche,
den Boden für neue Koalitionen und Allianzen vorzubereiten.

Der Minister befaßte sich sodann eingehend mit dem
Friedensvertrage mit Ungarn, der bereits fertig sei und an
dem sich nichts mehr ändern lasse. Er schloß mit dem ersten
Appell, die Politik des Provinzialismus aufzugeben und sich
zu einer höheren europäischen Auffassung der auswärtigen
Politik aufzuschwingen.

Die tschechoslowakische Republik, der Estlandstaat, wird
nach der Verfassung einen militärischen Machtapparat
mit einer Friedensstärke von 110 000 Mann, 16 000 Unteroffizieren
und 10 000 Offizieren mit zweijähriger Dienstpflicht aufweisen.

Der Räteparlament in Versailles hat beschlossen, den eng-
lischen Vorschlag betreffend das zukünftige Statut Galizien
dem Ausschuss für politische Angelegenheiten zu überweisen.
Bekanntlich hatte England den Plan Baderewitsch abgelehnt,
ganz Galizien Polen zugesprochen, und den Standpunkt ver-
treten, daß dort eine Volksabstimmung notwendig sei.

Der Räteparlament beschäftigte sich dann mit der deutschen
Note betreffend die Organisation der Volksabstimmung in den
Bezirken Eupen und Malmedy und übermittelte diese
mit einer belgischen Note dem Ausschuss für belgische An-
gelegenheiten. Dem Redaktionsausschuss wurde die Prüfung
der Frage der Fortschaffung des Materials aus Danzig
überwiesen, das dem Deutschen Reich gehört. Er soll unter-
suchen, ob diese Fortschaffung den Klauseln des Friedens-
vertrages entspricht.

Die Unterzeichnung des bulgarischen Friedensvertrages wird
am 14. oder 15. November im Rathau zu Realis stattfinden.

Gegen Deutschlands Erdrosselung

Die Bremer Handelskammer hat in einem Tele-
gramm an den Reichspräsidenten und den Reichskanzler unter
entschiedenstem Einspruch gegen die neuen Forderungen der
Entente die Erwartung ausgedrückt, daß die Verträge, Deutsch-
land wirtschaftlich zu unterdrücken, unbedingt zurückgewiesen
würden, andernfalls würden die Forderungen gleichbedeutend
sein mit der Ermordung des deutschen Volkes durch
systematische Abschneidung aller Wege zum wirtschaftlichen
Wiederaufbau.

Ebenso wie der Verein Hamburger Reeder in
seinem Telegramm an die Reichsregierung hat die Ham-
burger Handelskammer in einem Schreiben an das
Reichspräsidentenamt gegen die jüngste Forderung der Entente
nach Auslieferung von Schwimmböden, Kränen, Schleppern
und Baggern schärfsten Widerspruch erhoben, da dies die
Einstellung des Betriebes der Werften bedeuten und den
Wiederaufbau der Seefischerei auf Jahre hinaus lahmlegen
würde.

In der neuen Entente, mit der sich das Kabinett
auch heute noch nicht beschäftigt hat, da die Vorarbeiten noch
nicht abgeschlossen sind, wird von Berlin darauf hingewiesen,
daß in vielen Punkten die Entente ihrerseits die Waffen-
stillstandsbedingungen nicht erfüllt hat. Bisher wurden von
der deutschen Waffenstillstandskommission 8000 Protestnoten
wegen Verletzung des Waffenstillstandsabkommens an die
Entente übergeben.

Urabstimmung in Berlin

Die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes
hat beschlossen, den noch kämpfenden 160 000 Metallarbeitern
durch eine Urabstimmung, die betriebsweise vor-
zunehmen ist, die Entscheidung über Abbruch oder Fort-
führung des Streiks selbst zu überlassen. Diese Urabstim-
mung wird heute vormittag im Anschluß an 136 Betriebs-
versammlungen vorgenommen werden.

Die verläumderische Hebe, die in der Generalversam-
lung des Metallarbeiterverbandes von der Organisations-
leitung gegen die Sozialdemokratie und die sozialdemokratisch
gesinnten Mitglieder der Metallarbeiterorganisation getrieben
wurde, hat in der Versammlung die entsprechende Zurück-
weisung erfahren. Der Versuch, die Sozialdemokratie zum
Sündenbock des durch die ungläubliche Unfähigkeit der
Streikleitung verfahrenen Metallarbeiterstreiks zu machen,
wurde durch folgende Erklärung der sozialdemokratischen
Mitglieder der Versammlung pariert, die Genosse
Wiesenthal zur Verlesung brachte: